

«Es ist momentan ein täglicher Kampf»

Bildungsdirektor Conradin Cramer nimmt Stellung zu den drängendsten Fragen im Zusammenhang mit der Coronapandemie.

Interview: Jonas Hoskyn

Herr Cramer, nächste Woche sind Fasnachtsferien. Droht angesichts der Coronamutationen eine Wiederholung von 2020, als eine Woche danach die Schulen geschlossen werden mussten?

Conradin Cramer: Es ist tatsächlich so, dass wir im Moment in einer sehr ungewissen Situation sind. Wir müssen von Tag zu Tag entscheiden und können noch nicht sagen, wie die Schulsituation nach den Ferien aussieht. Wir setzen aber alles daran, mindestens an der Volksschule den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten. Was die Kinder sonst verpassen, ist teilweise verloren. Das kann man nicht mit Geldern von Bund oder Kanton kompensieren. Aber auch wir müssen reagieren, wenn die Zahlen der Virusmutation steigen und es zu noch mehr Quarantänefällen kommt als jetzt schon.

Was machen Sie als Erziehungsdirektor dafür, dass die Schulen möglichst lange offen bleiben können?

Wir verfeinern unsere Schutzmassnahmen ständig. Wir haben in den vergangenen Wochen mit dem Aufkommen der Virusmutationen die Schülergruppen noch stärker entflechtet. Etwa in den Tagesstrukturen, wo mehrere Klassen zusammenkommen, oder im Schwimmunterricht, wo teilweise zwei Klassen zusammen unterrichtet wurden. Ein möglicher nächster Schritt wäre die Maskenpflicht in der Primarschule für die 5.- und 6.-Klässler. Aber unsere Schutzkonzepte sind nahezu ausgereizt. Und die Ultima Ratio wäre, dass wir nochmals die Schulen zumachen müssen. Bei der Sekundarschule II könnte das schon ein bisschen früher kommen, weil die negativen Effekte des Fernunterrichts kleiner sind als an der Volksschule.

Welche Auswirkungen haben die Virusmutationen?

Es ist bekannt, dass gewisse Mutationen ansteckender sind. Entsprechend ist es das Ziel, die Fallzahlen möglichst tief zu halten. Das erreichen wir, indem wir sehr streng bei einzelnen identifizierten Fällen Quarantäne anordnen. Die Quarantäne gilt nicht mehr nur für die unmittelbaren Kontakte des Infizierten, sondern eine Stufe weiter. Das bedeutet, dass auch Eltern in Quarantäne müssen, wenn ihr Kind entsprechenden Kontakt hatte.

Mehrere Kantone planen Massentests an den Schulen im Kampf gegen Corona. Basel-Stadt bisher nicht?

Das Gesundheitsdepartement prüft, wo solche Massentests sinnvoll sind. Das kann im Pflegeheim sein, aber durchaus auch an einer Schule. Sicher nicht flächendeckend, dass man einen Test machen muss, bevor man in die Schule darf. Aber es kann dort Sinn machen, wo man gewisse Ausbrüche vermuten muss.

Basel-Stadt verfolgt allgemein eine sehr vorsichtige Coronapolitik und ergreift schneller Massnahmen als andere Kantone. Aber im Bereich Schulen ist man eher zurückhaltend – Stichwort Maskenpflicht für Lehrer und Schüler oder Klassen halbieren.

Ich glaube, vorsichtig ist das richtige Wort. Gleichzeitig haben wir alle die feste Überzeugung, dass die Schulen offen bleiben müssen. Die Schule soll



«Wir müssen von Tag zu Tag entscheiden» – Bildungsdirektor Cramer zur Frage, ob die Schulen nochmals geschlossen werden.

Bild: Nicole Nars-Zimmer (8. Februar 2021)

ein sozialer Raum sein, wo man in einem einigermaßen normalen Rahmen Kind oder Jugendlicher sein kann. Diese Rolle ist in einer Stadt vielleicht auch nochmals wichtiger als in einem ländlichen Umfeld. Umgekehrt haben wir weniger Durchmischung: So müssen unsere Schüler meist nicht lange mit dem ÖV in die Schule fahren.

Gibt es Eltern, die sich weigern, ihre Kinder in die Schule zu schicken? Oder umgekehrt solche, die nicht wollen, dass ihr Kind eine Maske tragen muss?

Ja, aber das sind Einzelfälle. In den meisten Fällen führen Gespräche zwischen Eltern und Schulleitung zur Klärung der Situation. Bisher mussten wir drei Busseverfügungen verschicken. Die Reizbarkeit ist teilweise enorm hoch: Die Leute kommen an die Belastungsgrenze. Und auch die Schule steht unter einer wahnsinnigen Anspannung. Es ist ein täglicher Kampf für die Lehr- und Fachpersonen und Schulleitungen im Rahmen der strengen Schutzkonzepte einen guten Unterricht zu machen und gute Betreuung anzubieten. Das wird geleistet und ich spüre dafür viel Dank von Seiten der Eltern.

Im vergangenen Schuljahr war man aufgrund der besonderen Situation sehr grosszügig, was die Noten angeht. Muss man damit rechnen, dass die Abschluss- und Maturprüfungen auch diesen Sommer gestrichen werden?

Ich gehe davon aus, dass die Prüfungen stattfinden können. Wir haben viel gelernt in diesem Jahr. Es ist durchaus möglich, mit einem entsprechenden Schutzkonzept Prüfungen durchzuführen. Auch falls wir nochmals auf Fernunterricht umstellen müssten, gäbe es Ausnahmebestimmungen für Prüfungen.

Zum Coronastress kommen oft noch andere Baustellen im Bildungsbereich: Viele Schulklassen

sind überfüllt. In 62 Klassen sitzen mehr Kinder, als im Schulgesetz als Maximalgrösse definiert wird.

Teilweise können Schüler nicht mehr in eine niveaugerechte Klasse wechseln, weil kein Platz da ist.

Dies im Vorfeld zu berechnen, ist ziemlich schwierig, weil es viele unbekannte Faktoren gibt. Klar ist hier vergangenes Jahr einiges schiefgelaufen. Der Leiter Volksschulen Urs Bucher hat bereits klargemacht, dass das nicht mehr passieren darf. Das ist mir auch ein grosses Anliegen. Da sind Fehler passiert, und das werden wir besser machen.

Besser machen bedeutet simpel gesagt: mehr Klassen.

Wenn es in Einzelfällen ein Kind zu viel in einer Klasse hat, ist das nicht problematisch. Aber es darf nicht zur Regel werden. Das werden wir nächstes Jahr korrigieren.

Ein weiteres Thema: Immer mehr Kinder brauchen sogenannte verstärkte Massnahmen – sie sind in einer Regelklasse nicht tragbar, auch nicht mit den entsprechenden Förderangeboten. Es gibt immer mehr Fälle von Verhaltensauffälligkeiten, Autismus-Spektrums-Störungen, Kindern mit Stresssymptomen und Zukunftsängsten. Die

«Ein möglicher nächster Schritt wäre die Maskenpflicht in der Primarstufe für 5.- und 6.-Klässler.»

Zahlen haben sich innerhalb von fünf Jahren verdoppelt und steigen weiter.

Wie man mit dieser steigenden Anzahl von Kindern umgeht, die zusätzliche Unterstützung brauchen, ist die grosse Herausforderung der integrativen Schule. Der Anstieg ist wirklich sehr signifikant. Corona hat die Situation nochmals verschärft, aber wir stellen auch bereits länger fest, dass es immer mehr Familien gibt, wo feste Strukturen fehlen und wo Erziehungsaufgaben nicht wahrgenommen werden. Teilweise können Kinder etwa nicht alleine auf die Toilette gehen. Dazu kommt, dass wir immer mehr Diagnosen haben, vor allem im Autismus-Spektrum. Das ist aber auch ein Zeichen, dass man genauer hinschaut und früh versucht, diesen Kindern zu helfen.

Die Konsequenz ist, dass die Anzahl Angestellter beim Erziehungsdepartement seit Jahren stark wächst.

Das hängt auch mit den steigenden Schülerzahlen zusammen, und das ist ja eine positive Nachricht. Basel ist bei Familien beliebt.

Aber das alleine reicht als Erklärung nicht. Zwischen 2011 und 2018 stieg die Anzahl Vollzeitstellen von unter 3000 auf über 3500.

Da sprechen wir in erster Linie Lehrpersonen und Schulpersonal. Aber natürlich brauchen wir durch den erhöhten Förderbedarf auch mehr Personal. Da kann man nicht einfach eine Maschine anschaffen. Das ist Woman- und Manpower, was sich dann auch in den entsprechenden Zahlen niederschlägt.

Noch kurz ein letztes Thema: Es fällt auf, dass das Angebot an Tagesheim-Plätzen lange stark ausgebaut wurde. Seit ein paar Jahren stagniert die Zahl bei rund 4000.

Diese Zahl stagniert nicht; sie steigt weiterhin, jedoch nicht mehr so stark. Im Moment sind Angebot und Nachfrage gut austariert. Man findet einen Platz. In den Zahlen schlägt sich auch nieder, dass wir die Tagesstrukturen an den Schulen stark ausbauen. Oft ist es attraktiver, seine Kinder dort anzumelden.

Die Betreuung von Kindern ist ein wichtiger Faktor für die Gleichstellung von Mann und Frau. Reicht es, wenn man da einfach den Markt spielen lässt? Oder soll da der Kanton ein zusätzliches Angebot schaffen?

Auf jeden Fall. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der grössten bildungspolitischen Dauerprojekte bei uns im Kanton. Mir ist es ein riesiges Anliegen, dass wir die Schwelle ganz tief setzen, dass Eltern, die arbeiten wollen, das auch können und nicht in einen Konflikt kommen wegen der Kinderbetreuung. Da wollen wir Anreize schaffen, einfache Vermittlung gewährleisten und Elternbeiträge bereitstellen für die, die sich das nicht selber leisten können.

Das tönt schon fast so, als wären Sie ein Befürworter der SP-Initiative, die zwei Tage Kinderbetreuung gratis für alle fordert.

Nein, ich finde es nicht angemessen, dass ich mit meinem Regierungsratslohn mein Kind gratis ins Tagi schicken kann. Die Leute, die gut verdienen, sollen auch einen Beitrag leisten. Es ist auch sinnvoll, dass man sich überlegt, welche Betreuung am besten passt. Zudem: Flächendeckend zwei Tage gratis würde je nach Ausgestaltung jährlich zwischen 100 und 200 Millionen Franken kosten. Dieses Geld kann man in der Bildung besser investieren, als mit einer Spritzkanne allen alles gratis zu geben. Es funktioniert gut so. Es gibt keinen Grund, dass man von Montagmorgen bis Freitagabend für alle alles gleich macht.